

# Die Ameise

## Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Brabstraße, Neubau. Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849.

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht von einem Ganzen werden  
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spalt. Petitzeile im Arbeitsmarkt 5000 Mk. Für arbeitsuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt frei. Geschäftsanzeigen können nicht mehr aufgenommen werden. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

### Der Kampf der Interessenten.

Noch haben die ersten Maßnahmen der neuen Reichsregierung zur Stützung des Marktes und zur Sanierung der Finanzen keine dauernde Wirkung zeitigen können, und schon lebt der Ansturm der Interessenten gegen die Markt mit erneuter Heftigkeit ein. Es ist nicht einmal so sehr die Tatsache, daß mit Beginn der neuen Woche in Amerika und gleich darauf in Berlin der Preis des Dollars in Mark verdoppelt wurde, obwohl auch hier die Vermutung naheliegt, daß die Erhebungen heimischer Industriefreie vor allem über den außerhalb der deutschen Ueberwachung liegenden Börsenplatz Köln hierbei mitgehört haben. Viel wesentlicher und entscheidender ist das Bohren und Wühlen unter der Oberfläche. Man verlangt Dinge, die dem äußeren Anschein nach mit der Weltapokalypse nichts zu tun haben. Man protestiert gegen die Kreditbeschränkungen, nutzt die Schwäche der wirtschaftlich Schwachen, für die in den Steuererleichterungen vorzusehen sind, aus, um gleiche Vergünstigungen auch für die wirtschaftlich Starken zu erlangen. Kurz, das Kabinett, das die bisher stärkste Reichstagsmehrheit hinter sich hat, beginnt jetzt in eine Kampfstellung zu demjenigen Preisen der Privatwirtschaft gedrängt zu werden, die das Sanierungsprogramm der neuen Regierung nur mit Worten begrüßt haben, ihren Taten aber „Freibleibend“ entgegensehen und nun die Entdeckung machen, daß eine auf die Interessen des Gesamtvolkes eingestellte Wirtschaftspolitik naturgemäß in den Gegenstand zu den Privatinteressen herzugehen treiben muß, welche sich bisher auf Kosten des Volksganzen bereichert haben und selbst im entscheidenden Augenblick nicht umlernen wollen.

Das Sanierungsprogramm der Sozialdemokratie, das in seinen Grundzügen von dem neuen Reichskabinett angenommen wurde, baut sich auf drei Säulen auf: der Sanierung der Reichsfinanzen durch provisorische, große Steuern, die sobald als möglich durch ein auf lange Zeit gestelltes Steuerprogramm unter starker Belastung der Schwachen ergänzt und abgelöst werden sollen, und durch die Goldanleihe; die Umstellung des Kreditwesens auf Goldbasis, um die Geldwertverluste abzuwehren auf Kosten der Allgemeinheit und den Anreiz zum Devisenkauf zu beseitigen, und die Einleitung einer neuen Stützungsaktion für die Markt unter Heranziehung der in der deutschen Wirtschaft gebrauchten Bestände an fremden Zahlungsmitteln. Ziel sollte logischer Weise, sobald als möglich der Wirtschaft ein neues, wertbeständiges Geld zur Verfügung zu stellen. Fortwährend der Unternehmer, die sich gegen einen dieser drei Punkte richten, gefährden den Erfolg aller auf die Besserung gerichteten Maßnahmen. Raum, daß die Steuererlässe zu Papier gebracht waren, siehe ein Vorstoß der Börseinteressen ein, die die Steuererleichterung verweigern wollten. Gleich danach richtete sich die Industrie, obwohl diese sich mehr und mehr gegen den heftigen Widerstand der Abnehmer darauf eingestellt hatte, nicht nur Goldpreise zu nehmen, sondern auch Vorauszahlungen zu fordern — von den Ausnahmen, wo dies nicht möglich war, soll vorerst nicht die Rede sein —, entdecken diese, daß sie aus dem Vorauszahlungen die Arbeitslöhne nicht bezahlen konnten und richteten an die Reichsregierung die Bitte, man sollte ihnen für diesen Zweck Kredite zur Verfügung stellen. Nun hat ja schon die Kreditpolitik gegenüber den Betrieben im besetzten Gebiet gezeigt, daß es auch bei größter Vorsicht nicht möglich ist, die Kredite so abzumessen, daß sie nur für die Lohnzahlungen reichen. Große Beträge sind sofort wieder dem Aktienmarkt zugewandert, weitere tauchten als Nachfrage nach fremden Devisen auf. Würde man den angeblich so notleidenden Industrien auch im besetzten Gebiet freigiebig Kredite zur Verfügung stellen, so könnte man leicht erleben, daß diese ebenfalls zum Erwerb fremder Devisen benutzt werden, und daß damit die Mark einen neuen Stoß erhält. Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, so wäre doch mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß die Industrie ihre Steuern mit diesen Krediten abzudecken sucht. Das aber wäre das Verhängnisvollste, was man sich denken kann. Die Eingänge der großen Postämter sollen ja dazu dienen die Finanzen des Reichs und damit die Banknotenpresse zu entlasten. Gewährt man aber Kredite an Private, um diese Steuern zu decken, so muß die Notenpresse einspringen, also vorweg in Tätigkeit gesetzt werden, damit die Steuern überhaupt gezahlt werden können. Das heißt denn doch das Pferd am Schwanz aufzäumen.

Es ist notwendig, auf die Konsequenzen derartiger Unternehmerforderungen hinzuweisen. Man ist ja heute so leicht mit der Drohung zur Hand, die Betriebe müßten stillgelegt werden, und die Arbeitererschaft, zermürbt durch monatelange Unterernährung, ist fast außerstande, sich zum Prügelknaben in dem Streite zu machen, der zwischen Kapital und Staatsgewalt ausgefochten wird. Gerade dann aber besteht die Gefahr, daß man das eigene Interesse verkennt. Dieses konzentriert sich für die Arbeitererschaft als Ganzes wie für ihre einzelnen Teile nur auf einen einzigen Punkt: die Stabilisierung der Mark. Daß der Weg dahin nicht leicht ist, weil er über eine radikale Reform der innerlich vollkommen morschen Wirtschaft und über eine starke Beschränkung der Unternehmergewinne führt, die der Unternehmer ohne Kampf sich nicht gefallen läßt, liegt auf der Hand. Um so mehr kommt es drauf an, daß auch von der Arbeitererschaft die richtigen Mittel angewandt werden, um den Kampf siegreich auszufechten. Um bei dem vorerwähnten Beispiel der Industrie, die jetzt Kreditverleihen verlangt, zu bleiben, so muß man sich doch fragen, wo sind denn die Vorauszahlungen für Warenlieferungen geblieben, daß die zur Lohnzahlung nicht zur Verfügung stehen? Daß sie von der Geldwertverfallung glatt ausgezehrt worden sind, ist doch nicht zu nehmen. Ein erheblicher Teil ist zum Zweck der Werterhaltung in Effekten und Devisen angelegt worden oder in Rohstoffen, welche nicht unmittelbar für die Produktion benötigt werden. Dann ist jedoch mit gutem Recht zu verlangen, daß man durch einen Verkauf dieser Sachwerte das Betriebskapital wieder flüssig macht, das dem Betrieb entzogen worden ist. Geht das nicht, so bleibt der Weg der wertbeständigen Beleihung bei der Reichsbank. Diese ist allerdings in der gegenwärtigen Form das unzulänglichste, was man sich denken kann. Die Reichsbank verlangt nämlich bei fallender Mark die Zahlung eines der Entwertung entsprechenden höheren Betrages, bei steigender Mark jedoch wird die Verringerung des Geldwertes nur teilweise berücksichtigt; der entliehene Betrag muß in jedem Falle zurückgezahlt werden! Dadurch wird natürlich der besonnenere

Geschäftsmann in die Unmöglichkeit veretzt, in den kritischsten Zeiten, nämlich nach einem plötzlichen Marksturz, derartige wertbeständige Kredite aufzunehmen, weil er sonst Gefahr läuft, bei einer erheblichen Verringerung der Mark große Beträge in Geld zu verlieren. Diese Regelung ist ein erneuter Beweis für die gänzliche Unfähigkeit einer Reichsbankleitung, die hoffentlich bis zur Durchführung dieser Forderungen von größerem Weitblick Platz gemacht hat. Nach Ausgestaltung der wertbeständigen Kredite aber wird es den aufgedünnten Betrieben nicht allzu schwer sein, sich das notwendige Betriebskapital zu beschaffen. Unwirtschaftlich arbeitende Betriebe aber sind für die gesamte deutsche Volkswirtschaft eine Belastung, die auf die Dauer nicht getragen werden kann.

Schlimmer sind diejenigen Betriebe daran, die — etwa wie die Zeitungsbetriebe — in der Zeit der Geldwertverwertung außerstande gewesen sind, sich Reserven zu verschaffen, weil sie mit ihren Preisen der Geldwertverwertung nicht zu folgen vermochten. Für sie und in vereinzelten Fällen auch für die übrige Industrie sind in der Uebergangszeit die Papiermarktkredite unentbehrlich und werden in einem allmählich abzubauenen Maße noch gegeben werden müssen.

Ein anderer Versuch, die auf die Stützung der Mark gerichteten Regierungsmassnahmen zu durchkreuzen, ist in der Steigerung der Preise über die Weltmarktpreise hinaus zu sehen, die man in der Textilindustrie seit längerem, in dem wichtigeren Kohlenbergbau neuerdings wieder beobachten kann. Die Uebersteigerung der Inlandspreise führt zu einer verstärkten Nachfrage nach der billigen Auslandsware, damit zu einem erhöhten Devisenbedarf und zu neuem Marksturz. Um diesen Folgen entgegenzutreten, bedarf es einer scharfen Beschränkung der Einfuhr, um die Ursachen zu beseitigen, muß man endlich die Preispolitik der Kartelle und Syndikate schärfer kontrollieren unterwerfen. Es ist ein Unbegriff, wenn die Weltmarktpreise von Seiten der deutschen Industrie weit überschritten werden, während die Löhne noch tief unter denen des Weltmarktes liegen.

In der Stützungsaktion, die für eine Woche ganz gut gewirkt hat, um dann plötzlich wieder unter dem Druck von Markverfällen in New York ins Wanken zu geraten, bedarf es ebenfalls noch weiterer schwerer Arbeit, ehe die Erfolge den Massen sichtbar werden können. Unter allen Umständen muß aus der Wirtschaft ein Fonds von Devisen aufgebracht werden, der die ärgsten Stöße von der Mark abhält. Man ist jetzt am Werke, diesen Devisenvorrat selbst unter Anwendung von Zwangsmassnahmen aus den Privatunternehmen herauszuholen. Günstlich gelingt das.

Indessen aber steigt der Dollar auf die zehnte Million zu, wahrscheinlich gehen wieder die Preise in die Höhe, Unruhe bemächtigt sich der Massen. Und doch kommt jetzt alles darauf an, daß nicht die Arbeitererschaft ihrerseits die Gebuld verliert und mit Ausbrüchen der Erregung das Werk ihrer Führer durchkreuzt. Mehr als je heißt es jetzt in der wachsenden Not und allen verfügbaren Karolen von Projektmachern zum Trotz die Herzen zusammenhalten.

### Streik gegen die eigenen Führer der Gewerkschaften.

Die unhaltbaren, durch die verfehlte Politik der Unregierung heraufbeschworenen Verhältnisse haben sich bekanntlich durch gemachte Streiks und Unruhen entladen. Das damit nicht die geringste Besserung der Wirtschaft und damit der Lage der Arbeitererschaft erzielt werden konnte, wukten die politischen Macher schon vorher. Das hielt sie keineswegs ab, dies den Arbeitern zu sagen. Die meist durch Gewaltakte erzeugten Streiks — Mittel, die stets in der organisierten Arbeitererschaft verpönt waren und sein müssen, weil nur der Kampf mit geistigen Waffen den dauernden Sieg verbürgt — mußten mit einem Mißerfolg enden. Weil jedoch die in den Kampf getriebenen im falschen Glauben eines sicheren großen Erfolges gehalten wurden, ist die Haltung der Unfächer unverantwortlich zu nennen. Schon allein der Umstand, daß ein solcher Kampf ohne jeglichen Rückhalt einer festgesetzten Organisation in die Wege geleitet wurde, zeigt die Verleugnung der wirtschaftlichen Sachverhältnisse, ganz zu schweigen davon, daß ein Staat, welche Art Verfassung er hat, die politische Auswirkung derartiger Kämpfe nicht ohne Gegenwehr über sich ergehen lassen kann. In diesen Hauptpunkten kommen noch eine Menge von untergeordneten Bedenken, die ebenfalls den glatten Mißerfolg voraus erkennen ließen. So ungeschickt dürfen Massenkämpfe nicht eingeleitet und aufgenommen werden, da im wirklichen Ernstfall die betroffenen Massen verlangen werden.

Da die Einheit und die Lösung für einen konzentrierten Kampf fehlte, konnte es auch vorkommen, daß in Niederfalzbrunn die Kollegen und Kolleginnen der Firma Brause nach der schriftlichen Erklärung der Betriebsleitung, des Herrn G. Brause, mit dem ausdrücklichen Hinweis vom Betriebsrat Knoll in den Kampf geführt wurden, daß sich der Streik nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die eigenen Führer der Gewerkschaften richte. Den Unternehmern der Waldenburger Porzellanindustrie wurden nach den Feststellungen des Waldenburger Gewerkschaftsartells keinerlei Forderungen unterbreitet. Das ist ein Beweis für die Nichtigkeit der Erklärung der obengenannten Betriebsleitung. Es wurde nur auf Gerätewohl gestreift.

In dem Flugblatt, das der Vorstand des Ortsausschusses des UGW Waldenburgs herausgegeben hat, heißt es: „In keiner Versammlung hörte man etwas von irgendwelcher Tat oder Verhandlung zur Erfüllung von Forderungen, desto mehr aber wüßtes Geschimpfe auf die Gewerkschaften und die Führer. Zuletzt werden die Gewerkschaften doch gut genug erachtet, einen Streik zu übernehmen, den Führer in Niederfalzbrunn proklamiert hat und Forderungen durchzusetzen, die die neuen „erwählten Führer“ nicht einmal einzureichen wagten. Nebenbei bemerkt hat der Porzellanarbeiterverband die 10 Millionen für diese Woche (12.—18. August) annähernd als Lohnhöhe, also für dauernd, tariflich durchgesetzt! Die Arbeitererschaft von Kriftel ist nur mit kniffligen Lügen im Streik gehalten worden. Mitglieder, bedankt Euch bei den Führern für Eure Lohnverluste. Fest steht eins, Ihr Porzellanarbeiter! Noch ein solcher „Ge-

neralstreik“ gegen die Gewerkschaft und Eure schöne Zahlstelle ist ein Scherbenhaufen! Macht eine solche Generalprobe auf die Dummheit der Arbeitererschaft nicht mehr mit! Stopft ihnen einen Klumpen Wasse in die Bügenmäuler und schmeißt sie heraus! Sie sind sogar zu feig gewesen, Euch über den Abbruch des Streiks beschließen zu lassen. Wenn selbstverständlichen Zusammenbruch hat sich keiner der Maulaufreißer und Propheten mehr blicken lassen.“

So ist es in solchen Generalstreikfällen gewöhnlich, wenn etwas schief geht. Neue „Massenführer“ übernehmen nie die Verantwortung der Mißerfolge, weil sie kein Gefühl dafür haben. Bei so realen Dingen, wie Kämpfen gegen die Wirtschaft auf der einen und Ständen gegen die Gewerkschaftsführer auf der anderen Seite, darf das Gefühl nicht die alleinige ausschlaggebende Rolle spielen, da muß die Vernunft und die Ueberlegung auch mit zu Rate gezogen werden. Wo die letzten beiden beachtet wurden, kam es nicht vor, daß im gleichen Atemzug für Wirtschaftsbefehligen, Meallohn i. v. u. und gegen die Gewerkschaften, also die Träger wirtschaftlicher Kämpfe, die Stimme erhoben werden konnte. Wenn die Kämpfe der proletarischen Klasse so wirr und planlos geführt werden, dann muß sie stets zum Neupoker sich einsehende Masse endlich begreifen lernen, daß damit nur Feilschläge und Niederlagen erreicht werden.

Wir hoffen, daß in unseren Reihen der gesunde Sinn für die Dinge Sieger bleiben wird. Daß unser Verband als Scherbenhaufen den Unternehmern lieber wäre, ist selbstverständlich. Darum sehe man sich alle die an, die einen Scherbenhaufen daraus machen wollen und auf dessen Veranlassung sie dazu treiben. Nach verchiedenen Vorkommnissen der letzten Wochen zu urteilen, muß man zu der Annahme neigen, daß die Ausführenden bewußt und unbewußt denen dienlich sind, die an einer bedeutungslosen, zersplitterten, uneinigen Gewerkschaft großes Interesse haben, und das sind immer noch die Unternehmer. Wer direkt und indirekt zu deren Machterweiterung beiträgt, ist ein Schädling an der Arbeiterklasse und gehört aus ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen.

### Gegen Betriebsstilllegungen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 22. Aug. gemeinsam mit dem IFA-Bund folgendes Schreiben an den Reichstagskanzler gerichtet:

„In den letzten Tagen wurde von den Unternehmern eine umfangreiche Bewegung zur Stilllegung oder Einschränkung der Betriebe eingeleitet, deren Auswirkung sich in aller kürzester Zeit in einer katastrophalen Massenarbeitslosigkeit, nicht zuletzt aber in einer Durchkreuzung der steuerpolitischen Massnahmen des Reiches, vor allem in der praktischen Aushebung der Lohnsummensteuer zeigen müßten, wenn die Reichsregierung nicht sofort mit aller Schärfe eingreift.“

Auf Grund der Verordnung betr. Massnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen vom 8. November 1920 hätte die Reichsregierung unverzüglich folgende Schritte einzuleiten:

1. Sofortige Anweisung an die Länder, den Demobilisationsbehörden aufzugeben, Stilllegungsanzeigen mit größter Beschleunigung zu bearbeiten und Betriebsräte sowie Gewerkschaften laufend an den Ermittlungen zu beteiligen.
  2. Im Falle einer Stilllegung Pfändung von Waren in Höhe der fälligen Steuern, Uebertragung des Warenlagers an Unternehmer, die sich bereit erklären, weiterzuarbeiten. Eidesstattliche Versicherung der verantwortlichen Personen des Unternehmens, welches stillgelegt will, daß es kein Betriebskapital zur Verfügung hat und auch ein solches nicht beschaffen kann.
- Die etwa noch notwendigen Ergänzungen der genannten Verordnung, wie z. B. Aushebung der Verordnung auf alle Gewerbe und Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern, bitten wir sofort zum Gegenstand einer mündlichen Verhandlung mit den Spitzengewerkschaften machen zu wollen. In dieser Verhandlung wäre auch die Frage zu klären, in welcher Weise Pfändungen, die innerhalb der in der Verordnung vorgesehene Fristen erfolgen, bis zur endgültigen Entscheidung der Demobilisationsbehörden rechtlich unwirksam gemacht werden können.

Der fürchtbare Ernst der Lage gebietet, seinen Tag zu versäumen, um das hier vorgeschlagene Vorgehen zu verwirklichen. Ein beschleunigtes Eingreifen ist um so leichter, als die Verordnung vom November 1920 im Prinzip bereits den hier gemachten Vorschlägen entspricht.“

### Ein Vorschlag.

In bezug auf die Bekanntmachung der Redaktion der „Ameise“ in Nr. 32 (betreffend Einschränkung des Verbandsorgans und Reduzierung auf 2 Seiten) sieht sich die unterfertigte Zahlstelle veranlaßt, allen Zahlstellen und Mitgliedern des Verbandes auf die vielleicht ungerechtfertigte Sparsamkeit der Verbandsleitung einen Fingerzeig zu geben. Sie bittet alle Zahlstellen, folgende Anregung einmal näher zu betrachten, und event. den Rückzug in bezug auf Bildung zu vermeiden.

Wir wissen, daß durch die ungeheure Geldwertverwertung die Hauptverwaltung ein sehr schweres Arbeiten hat. Wir wissen auch, daß unser Verbandsorgan in seinem letzten Jahrgang einigermaßen das gebracht hat, wonach wir uns Porzelliner schon seit vielen, vielen Jahren sehnten. Der Ausbau unserer „Ameise“ kann nur als erfreulich bezeichnet werden, und tieftraurig wäre es, wenn uns (nebenbei bemerkt: Fleisch und Wurst sind fast nur noch Lederbissen) auch der geistige Stoff nur noch als Erinnerung bleiben sollte.

Sehen wir in ein Industriebiertel unserer Branche: der Vater Porzelliner, der Sohn, die Tochter, zum übergroßen Teil auch die Hausfrau, alle mützig, weil eben der Lohn des Vaters nicht ausreicht, um menschenwürdig leben zu können; alle Angehörigen sind Verbandsmitglieder und zugleich Empfänger der „Ameise“. Könnte da nicht nur ein Organempfänger in Frage kommen? Würde da das Interesse vieler nicht ein größeres, oder ist mit dieser Verteilung nicht schon das halbe Papier gedeckt?

Alle diese Fragen werden wir bejahen müssen, und fast in allen Orten könnte die Zahl der „Ameisen“ auf  $\frac{1}{2}$  vermindert werden, wenn nur ein Familienmitglied ein Organ erhält, wo mehrere Mitglieder in einem Haushalt leben.



Nun, Kollegen und Kolleginnen! Debattiert einmal in Euren Versammlungen darüber und geht darüber in der „Ameise“ Bescheid.

Zahlstelle Selb-Wißberg, Sufr. Pressefreund, Kass.

Schreie mich, daß endlich eine Zahlstelle zur Einschränkung des Verbandsorgans Stellung genommen hat. Zum besseren Verständnis will ich noch beigen: die Sparfamkeit war nicht unerschütterlich. Die letzte Heilige Nr. 31 kostete 121 1/2 Mill. Mark. Diese Ausgabe überstieg die Wocheneinnahme der Hauptkassette um ein beträchtliches. Die erste zweiseitige Nr. 32 kam auf 491 Mill. Mark und belastete die Hauptkasse derart, daß zwei Wocheneinnahmen nicht zum Begleichen der „Ameise“-schuld ausreichten. Inzwischen hat sich das Mißverhältnis zwischen Einnahme der Hauptkasse und Ausgabe für die „Ameise“ noch nicht beheben lassen, denn die eingebrachte Nr. 33 belief sich auf 741 Mill. Mark und konnte wiederum nicht von den Einnahmen gedeckt werden; ebensowenig die Nr. 34, die 1177 Millionen Mark kostete. Die Sache steht augenblicklich noch so unangünstig, daß sie fallig am 15. erscheinen kann, weil die Einnahmen der Hauptkasse 1/2 weniger als das eigentliche Soll betragen. Daraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß infolge gefährlicher Beitragschinderei äußerster Sparfamkeit weiterhin geübt werden muß. In Anbetracht der mäßigen Lage werden alle Zahlstellen gebeten, so schnell wie möglich zu berichten (bis 8. September), wie sich der Vorschlag der Zahlstelle Selb-Wißberg durchführen läßt, und wieviel „Ameisen“ für September und Oktober weniger als im August gebraucht werden. Die Zahlstellenverwaltungen haben sich sofort mit der Anregung zu befassen und darüber der Redaktion zu berichten. Wo dies unterlassen wird, muß es hier in Berlin nach Gutdünken gemacht werden.

Der Redakteur der „Ameise“.

### Die Anpassung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Erwerbslosenunterstützungssätze werden künftig automatisch, entsprechend der Steigerung der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Indexzahl für die Kosten der Lebenshaltung einschließlich Bekleidung, festgesetzt. Als Grundlage dient die für die Woche vom 8. bis zum 14. August festgesetzte Unterstützung, ausgehend von dem Unterstützungssatz von 225 000 Mark täglich für den männlichen ledigen Erwerbslosen in Drisklasse A bei einem Teuerungssatz von 149 531. Die amtliche Indexzahl beträgt am 13. August 436 935. Das Arbeitsministerium hat dementsprechend die Sätze für die Woche vom 15. bis 23. August folgend festgesetzt (in tausend Mark):

	In den Drisklassen			
	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	650	610	570	530
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	540	500	460	420
c) unter 21 Jahren	390	360	330	300
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	540	500	460	420
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	440	410	380	350
c) unter 18 Jahren	300	280	260	240
3. als Familienzuschlag für				
a) den Ehegatten	230	210	190	170
b) für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	190	170	150	130

Die allwöchentliche Festsetzung bringt hinsichtlich der rechtzeitigen Auszahlung einige Schwierigkeiten. Die Indexzahl kann erst am Mittwoch nachmittags errechnet werden. Bei aller Beschleunigung der Festsetzung der Unterstützungssätze durch das Reichsarbeitsministerium wird es nicht möglich sein, daß die neuen Unterstützungssätze so frühzeitig in allen Gemeinden des Reiches bekannt werden, daß am Sonnabend nach den neuen Sätzen ausbezahlt werden kann. Das Arbeitsministerium empfiehlt daher, die Zahlperiode überall von Mittwoch bis Mittwoch laufen zu lassen. Es würde dann Zeit genug sein, überall die neuen Sätze zur Auszahlung zu bringen.

### Die Steuerabzüge ab 1. September.

Es werden von der zehnprozentigen Lohnsteuer in Abzug gebracht:

	ab 1. August 1923 monatl. wöchentl.	ab 1. Septemb. 1923 monatl. wöchentl.
1. für den Steuerpflichtigen u. seine Ehefrau	24 000	5 760
2. für jedes Kind	160 000	38 400
3. für Werbungskosten	200 000	48 000

Demnach beträgt das steuerfreie Einkommen ab 1. September wöchentlich:

a) für einen Ledigen	8 064 000	8 064 000
b) für ein kinderloses Ehepaar	8 928 000	8 928 000
c) für ein Ehepaar mit 1 Kind	13 824 000	13 824 000
d) " " " 2 Kindern	19 584 000	19 584 000
e) " " " 3 " "	25 344 000	25 344 000
f) " " " 4 " "	31 104 000	31 104 000

Für die überschüssigen Lohnbeträge sind 10 Proz. Steuer zu entrichten.

### Das Existenzminimum in der ersten Augusthälfte 1923.

Von Dr. H. Kuczynski.

Kann man überhaupt noch die Kosten des Existenzminimums für einen halben Monat berechnen, wenn wichtige Waren am Ende der Berichtszeit — in deutscher Währung — zehnmal so teuer sind wie am Anfang? Wir wollen es nach dem bisherigen Verfahren versuchen, in der Zuversicht, daß die Lage dieser Währung ja ohnehin gezählt sind.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	1 559 202	2 618 405	3 431 200
Wohnung	9 800	9 800	9 800
Beheizung u. Beleuchtung	583 440	583 440	583 440
Bekleidung	1 300 000	2 166 667	3 033 333
Sonstiges	1 070 258	1 667 276	2 187 911
Zusammen	4 522 700	7 045 588	9 245 689

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Augusthälfte 1923 für einen alleinstehenden Mann 733 733 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 1 174 265 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 1 540 949 Mk.

Vom letzten Vorjahrsjahr bis zur ersten Augusthälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16 75 auf 4 522 700 Mk., d. h. auf das 270-fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 7 045 588 Mk., d. h. auf das 315,94-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 29,80 auf 9 245 689 Mk., d. h. auf das 321,03-fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, betrug 1920 in der ersten Augusthälfte etwa 1/4 P. wert.

### Allgemein verbindlich erklärt.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung (Lohnabteilung) hat am 16. August 1923 auf Blatt 6316, Nr. 2, den Lohnabstufung vom 2. August 1923 als Nachtrag zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag zwischen den in Frage kommenden Organisationen für allgemein verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit beginnt am 30. Juli. — Damit sind selbstverständlich auch die nachträglich jede Woche festgesetzten Lohnerhöhungen allgemein verbindlich. Die Steingutfabrik Wittsburg in Frage bleibt ausgenommen.

### Von der Keramikindustrie.

Von der elektrotechnischen Porzellanindustrie abgesehen, die wegen ungünstiger Verhältnisse noch immer vertickt arbeitet, kann die Beschäftigung in der keramischen Industrie — so schreibt das Reichsarbeitsblatt im 14. Augustbericht — als befriedigend angesehen werden. Die Lage in den Porzellanfabriken hat eine Abmilderung infolge erfahren, als die Zahl der gut und sehr gut beschäftigten Betriebe abgenommen hat, die der befriedigend arbeitenden erheblich größer geworden ist. Immerhin sind die Fabriken auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen (Handelskammer Regensburg). Unverändert gutes Inlandsgeschäft, geringere Nachfragefähigkeit des Auslandsmarktes. Beschäftigung in den Porzellanfabriken für Verbrauchsgeschäfte, bei teilweise sehr abgeschwächtem Auftragsbezug; teilweise Brennstoffmangel (Thüringen). — Die Steingutfabrik Wittsburg in besetzten Gebieten ist durch Brennstoff-, Rohstoff- und Wagenmangel stark behindert, so daß teilweise die Betriebe ruhen. Im übrigen Deutschland ist die Lage weiterhin nicht ungünstig. Teilweise Brennstoff- und Wagenmangel.

Preiserhöhungen. Die Interessengemeinschaft erhöhte ab 21. August den Multiplikator von 45 000 auf 60 000, was einer 1 200 000-fachen Erhöhung gleichkommt. — Bei den Vereinigten Steingutfabriken erhöht sich die Preise ab 18. August um 140 000 Proz. für die 1. Klasse, 125 000 Proz. für die 2. Klasse, mit Goldkletterung auf 161 500 und 147 000 Proz.

### Aus unserem Beruf.

Annaburg. Die Differenzen in den beiden Annaburger Steingutfabriken wurden durch gegenseitiges Verständnis beigelegt. Die Firmen gewährten einen entsprechenden Vorschub; worauf die Belegschaften die Arbeit wieder aufnahmen.

Bonn. Die einzelnen Betriebe der Zahlstelle standen seit 10 Wochen andauernd in der Lohnsicherung. Nun sollte am 6. August die Arbeit wieder aufgenommen werden. Dies geschah. Total abgewirtschaftet stellte die Arbeiterkassette an die Firmen das Erluchen, ihr mit einer Wirtschaftsbekleidungsunterstützung zu helfen, weil ihr das Geld fehlte, die Lebensmittel zu beschaffen, welche sie unbedingt nötig hatte, um weiter arbeiten zu können. Die Betriebsräte unterbreiteten den Firmen die Wünsche der Arbeiterkassette. Sie wurden aber abschlägig beschieden. Hierauf wählte die Arbeiterkassette Kommissionen, welche mit den Firmen verhandelten. Diesen erging es ebenso. Hierauf traten die Belegschaften am 8. 8. in die passive Resistenz. Die Betriebsräte und Kommissionen wurden gemeinsam vorbestellt. Die Firmen beteuerten hoch und heilig, nichts geben zu können, da sie erstens kein Geld hätten und zweitens am Reichsstarif gebunden wären. Die Kommissionen setzten sich mit der Stadtverwaltung in Verbindung. Diese erklärte, den Betrieben in einigen Tagen Geld gegen Sicherheit zur Verfügung stellen zu können. Jetzt trat es klar zutage, daß die Firmen nichts geben wollten, denn die Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung, Dr. Bauer und einer Kommission verliefen ergebnislos. Die Arbeiter wandten sich an den Arbeitgeberbund, trugen dem Herrn die Notlage vor und verlangten Hilfe, gleich von welcher Seite. Auch hier beteuerten die Arbeitgeber, nichts geben zu können, weil sie selber kein Geld hätten. Nach längerer Verhandlung wandten sich die Arbeitervertreter mit einem Schreiben an die Regierung in Köln. Die Arbeitgeber versprachen weitgehende Unterstützung. Die Arbeiter wurden einig, daß Herr Direktor Berg von der Firma Villeroy & Boch persönlich mit dem Schriftstück nach Köln fahren sollte. Aber wie groß war ihr Erstaunen, als der Herr wiederkam und erklärte: Die Regierung sehe die Sache als wilden Streit an. Darin bestand also die Unterstützung der Arbeitgeber. Die Arbeiter wählten eine Kommission, die selbst mit dem Arbeitsekretär, Kollegen Wendler, zur Regierung fuhr. Sie kam zurück mit dem Bemerkten, die Verhandlungen würden in Bonn am 14. August mit den Arbeitgebern geschlossen. In einer außerordentlich stark besuchten Zahlstellenversammlung, gemeinsam mit Duisdorf, wurde die Forderung gestellt, daß unsere Vertreter zu der Verhandlung unbedingt zugelassen werden sollten. Dies geschah. Nach langem Verhandeln kam man zu folgendem Ergebnis: In Anbetracht der gegenwärtigen Lage im besetzten Gebiet und dessen, daß die Keramarbeiter immer 30 000 Mk. und mehr unter den Tarifen anderer Organisationen gestanden haben, wird beschlossen, daß die Unternehmer einen Vorschub in Höhe von 7 000 000 Mk., absteufend bis 2 000 000 Mk. zu leisten haben; rückzahlbar in 6 Wochen, bei voller Arbeitsleistung; sonst Verlängerung der Frist. Weiter werden jeden Donnerstag die Tarife der 6 größten Organisationen am Ort genommen, und werden nach diesem Durchschnitt die Keramarbeiter entlohnt. Also stehen wir jetzt in Bonn und Duisdorf den anderen Organisationen gleich. Scharf zu kritisieren ist der Standpunkt der Arbeitgeber gegenüber uns Arbeitern in der jetzigen Lage im besetzten Gebiet. Ist das die Einheitsfront? Wir möchten dringend bitten, uns etwas mehr Verständnis entgegenzubringen, sonst müssen die Arbeitgeber die Konsequenzen tragen.

Breslau. Die Arbeitgeber der Breslauer Figurenfabriken haben sämtlichen Arbeitnehmern gekündigt. Als Grund wird Gehaltsmangel und Annullierung von Aufträgen infolge zu hoher Preise angegeben. Gleichzeitig wird erklärt, daß der Index nicht weiter ansteigen werden kann. — Also da liegt der Hund begraben. Die Angelegenheit ist inzwischen dem Schlichtungsausschuß wie dem Demobilisierungsausschuß und ebenso dem Reichsarbeitsrat übergeben worden. Ruzing ist fernzubalten.

Waldenburg. Am 22. August d. J. beging der Kollege Wilhelm Wichter seinen 80. Geburtstag. Das Material der Firma Krister sowie die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle ehrten den Jubilär durch eine Geldspende und ein Bindegang. Wir bringen auf diesem Wege ihm nochmals unsere herzlichsten Glückwünsche dar. Die Verwaltung.

### Zeitungsbekanntmachungen.

Waldenburg. Die Zahlstelle Wuma beschloß sich in ihrer letzten Verwaltungssitzung am 20. August mit der Lohnsicherung für die Woche vom 13. bis 19. August gemäß Ziffer 2 des Lohnabkommens vom 2. August. Die Zahlstelle Wuma erklärt sich mit dieser Lohnsicherung nicht einverstanden; sie fordert vom Hauptvorstand, das Lohnabkommen vom 2. August zu kündigen, um ein besseres Lohnsystem bei den nächsten Lohnverhandlungen zu verlangen, das uns einen Friedensreallohn sichert und mit den Preissteigerungen aller Bedarfsartikel Schritt hält. Begründung: Die Zahlstelle Wuma hat erwartet, daß das Lohnabkommen vom 2. August in keiner Wohnverrechnung einen Lohnausgleich des immer mehr sinkenden Reallohnes bringen wird. Leider sieht sie sich ganz enttäuscht, denn so müssen die Porzellanarbeiter auch jetzt wieder dem Unternehmertum die Taschen füllen und selbst langsam an Hunger zugrunde gehen. Das heißt Wertlosigkeit des Arbeitseinkommens? Auch beweist die letzte

Lohnsicherung vom 13. bis 19. August, daß wir trotz Lohnsicherung des Reichsindex betrogen werden, da der Lebenshaltungsindex um 192,2 Proz., der Großhandelsindex um 37 Proz. gestiegen und uns eine Lohnerhöhung von 187 Proz. bewilligt wurde. Die Zahlstelle Wuma verlangt vom Hauptvorstand Aufklärung, nach welchem Index die 187 Proz. errechnet worden sind (ist bereits in Nr. 34 gezeichnet, D. N.), da es laut Bekanntgabe des Lebenshaltungs- und Großhandelsindex für die Woche vom 13. bis 19. August 201 Proz. Lohnerhöhung hätte geben müssen. Wir erwarten vom Hauptvorstand, gemeinsam mit den Spitzenverbänden des ADGB für die gerechte Forderung der Arbeiterschaft mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen, um endlich einmal ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Wir als Arbeiter haben auch ein Recht zum Leben.

### Tagesneuigkeiten.

Der Reichsverkehrsminister ersucht Organisationen und Vereine, in den Wochen der Ernte Masseneriken und Sondergebühnungen zu unterlassen, damit die Eisenbahn den gesteigerten Güterverkehr erliegen kann.

### Bemischtes.

Keine Arbeitsgelegenheit im Ausland. Oesterreich läßt warnen, in seinem Staatsgebiet keine Arbeitskräfte einzunehmen, da infolge monatelanger Krise noch sehr viel Arbeitskräfte auf Beschäftigung warten. Auch in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien ist keine Aussicht auf Arbeitsgelegenheit für Reichsdeutsche.

### Adressenänderungen.

Jecha, Bors.: Paul Böttner, Jecha, Schäfereistr. 79. Raffinerer: Robert Holze, Jecha, Hauptstraße.  
Mannstein, Schriftführer: Willy Beltner, Buntmaler, Mannstein, Langegasse 1.  
Schmieberg (Bez. Halle). 1. Vorsitzender: Paul Kießlich, Schmieberg, Neumarkt Nr. 193; 2. Vorsitzender: Franz Schwietz, Schmieberg, Viktorstr. 46; Revisor: Walter Hohenschein, Ralschwig b. Schmieberg.  
Steinleben, Revisoren: Johann Barzel, Brenner, Nr. 40; Johann Beierhahnlein, Porzellanarbeiter, Nr. 177.  
Weißwasser, Revisor für Artur Karge ist jetzt Max Briezel, Gilsbrenner.

### Veranstaltungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Branchenversammlung der Emaillemaler am Donnerstag, 6. September, abends 5 Uhr, Bureau Mannstrasse.

### Quittung.

Für unseren kranken, bereits verstorbenen Kollegen Degen gingen folgende Beträge ein von den Zahlstellen: Gräfenhal, Neubalmsleben, Kirchenlamik, Rodach, Keltow, Schmarzenbach, Kirchtenberg, Schlierbach je 10 000; Arzberg 8000; Malerpersonal Barbara, Ullersricht 7000; Kleinembach, Annaburg, Mojsendorf je 6000; Martredwitz, Jecha, Waldershof, Magdeburg, Schornborn, Frauenthal, Kahla, Marktzeuthen, Elmshorn, Vordamm, Selb-Wißberg, Kloster Weilsdorf, Ehrbrun, Vonn, Limbach, Rehau, Schönwald je 5000; Waldenburg 4000; Grünstadt-Neulingen 3500; Weiden, Overtobau, Walsassen, Roschütz, Margarethenhütte je 3000; Thiersheim 2500; Wratzenborn, Köln, Mitterteich, Althaldensleben, Triptitz, Burgau, Coburg, Brambach, Golditz, Farge, Ilmenau, Meuselwitz, Mannheim, Weißwasser, Lubwigsburg, Plau, Hennigsdorf, Suhl, Hermstedt je 2000; Witten, Köpelsdorf, Roffen je 1500; Reichensbach, Mäbendorf, Rheinsberg, Freital-Roschapel, Wunthel, Freienorla, Schirnding, Tiefenort, Staffel, Passau, Geringwalbe, Schne. Frankfurt a. d. O. je 1000; Rips 700 Mk. Summa: 279 200 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.

Zahlstelle Elsterwerda. J. A.: Rich. Ulrich, Kassierer.

### Arbeitsmarkt.

In taufcher Stadt gelegenes bekanntes Viechemailierwerk sucht für seine Malerei einige in der modernen Malereitechnik erfahrene tüchtige

### Maler

sowie einige

### Handmaler

aus der Emaille- oder Porzellanbranche. Bewerbungen unter 136b an Invalidendamt Frankfurt a. Main.

Ein perfekter

Mobellabnehmer und Einrichter

für Gebrauchsgeschirr wird sofort gesucht. Bing, Glas und Keramik, R. G., Abteilung Porzellanfabrik, Freiwaldau, Kreis Sagan. (138)

Tüchtiger, erfahrener Fachmann (Dreher) der Geschirrbrennerei, mit allen Fächern aufs Beste vertraut, wünscht größeres Personal zu leiten und sucht baldigst Stellung als Oberdreher oder Betriebsleiter. Wohnung erwünscht. Gest. Off. werden unter „F. 123“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, gelernter Rapseldreher, der in allen vorerwähnten Arbeiten firm ist, sucht sofort oder später Stellung. Suchender ist 36 Jahre alt. Angebote werden unter „F. 124“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Durchaus tüchtiger Maler in Wand, Band, Staffage, Blumen, Qual, Mäubern, Stahlbr., Polieren, Schrift, Unterglasur und Freihandmalerei, sucht arbeitsfähige Stellung. Offerten an die Redaktion der „Ameise“ unter „F. 119“ erbeten.

Geübte Sieberin, die auch im Garnieren bewandert, für kleinere Geschirre, wünscht sich zu verändern, Thüringen oder Sachsen bevorzugt. Zuschriften erbeten unter „F. 120“ an die Redaktion der „Ameise“.

Mobelleinrichter, mit prima Zeugnissen, vertraut mit allen einschlägigen Arbeiten, auch im Herstellen leichter Modelle bewandert, in ungekündigter Stellung, sucht sich zu verändern. Kosten mit Wohnung, wenn auch kleiner, bevorzugt. Gest. Off. unter „F. 121“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Junger lediger Porzellanmaler, in allen vorerwähnten Arbeiten für Auf- und Unterglasur gut bewandert, mit guten Zeugnissen, sucht seine Stellung zu verändern. Gest. Offerten unter „F. 122“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

### Einige Pinsel und Farben

für Auf- und Unterglasur, sowie Malerartikel zu verkaufen. Käufer wollen sich unter „137“ a. d. Red. der „Ameise“ wenden.

Gerätschaften vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Trahestraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Trahestraße, Neubau. Druck: C. S. anisewski, Berlin S.O., Elisabethufer 28/29.